

Sitzungsniederschrift

36. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Raum 1.106, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 25.01.2016	Sitzungsbeginn: 15:04 Uhr	Sitzungsende: 16:30 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Thiele, Otto	SPD	
Mitglieder		
Agena, Garrelt	GRÜNE	
Akkermann, Hermann	SPD	
Dirksen, Dieter	CDU	
Gossel, Arnold	CDU	
Griesel, Sigrid	GFA	
Harms, Antje	SPD	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Herrn Bernd Hasbach
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Jan Roß
Siebels, Wiard	SPD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Weilage, Udo	CDU	
Verwaltung		
Dettmers, Hanna		Protokollführerin
Kruse, Gerhard		Amtsleiter Personalwesen
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwaltung
Weber, Harm-Uwe		Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Hasbach, Bernd	SPD
----------------	-----

Grundmandat

Roß, Jan	DIE LINKE.
----------	------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.12.2015 |
| 5. | Einwohnerfragestunde |
| 6. | 2. Beratung des Haushaltsplanes 2016 / Ergebnishaushalt |
| 7. | Verschiedenes, Wünsche, Anregungen |
| 8. | Einwohnerfragestunde |
| 9. | Schließung der Sitzung |

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele eröffnete um 15.04 Uhr die 36. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die anwesenden Vertreter der Verwaltung , die Vertreter der Presse und die Zuschauer.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Thiele stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordnete Seelgen nahm für den Abgeordneten Roß und Abgeordneter Röben nahm für den Abgeordneten Hasbach an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 14.12.2015**

Die Niederschrift über die 35. Sitzung des Finanzausschusses vom 14.12.2015 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 **2. Beratung des Haushaltsplanes 2016 / Ergebnishaushalt**

Zunächst erklärte **Landrat Weber**, dass die für den 12. Januar 2016 angesetzte Sitzung des Finanzausschusses abgesagt wurde, weil zu diesem Zeitpunkt noch nicht alle Zahlen für die Haushaltsplanung 2016 vorlagen. Bei den Zahlen, die heute präsentiert werden, handele es sich um vorläufige Zahlen, die in der nächsten Sitzung verfeinert werden.

Frau Saathoff sagte, dass in der heutigen Sitzung zunächst ein Überblick über die Zahlen für den Haushalt 2016 gegeben werde. Die Haushaltsansätze könnten sich noch geringfügig ändern, zudem seien aufgrund von Beschlüssen der Fachausschüsse und des Kreisausschusses für etwaige Vorhaben noch Zahlen einzuarbeiten.

Anhand einer Folie (Anlage 1) stellte **Frau Saathoff** die Entwicklung des Finanzausgleiches und der Kreisumlage bis 2019 vor. Für 2015 seien 139.510.000 Euro Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen und Kreisumlage geplant gewesen, demgegenüber steht das Ist aufgrund vorgezogener Steuerverbundabrechnungen in Höhe von 140.666.864 Euro. Geplant waren im Jahr 2015 für 2016 146.800.000 Euro (Ansatz 2016 alt), der nun errechnete Ansatz belaufe sich auf 151.200.000 Euro (Ansatz 2016); das hieße, dass es Mehreinnahmen von ca. 10,5 Millionen Euro im Vergleich zu 2015 gebe. Im Vergleich zum Ansatz 2015 seien die Schlüsselzuweisungen rückläufig und die Kreisumlage steigend, was hauptsächlich darauf zurückzuführen sei, dass zum einen die Stadt Aurich 2016 mehr Kreisumlage zahlen müsse als im Jahr 2015, wo die Einnahmesituation bei den Gewerbesteuern für die Stadt Aurich schlechter war und es zum anderen Mehreinnahmen durch die Stadt Norderney gebe. Die Ansätze für die Jahre 2017 bis 2019 werden ungefähr die gleiche Höhe aufweisen. Gemäss dem Orientierungserlass vom September 2015 solle bei der Berechnung der Zahlen des Finanzausgleichs für die zukünftigen Jahre 4 % Steigerung zugrunde gelegt werden, für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen wurde jedoch für das Jahr 2017 2 %, für das Jahr 2018 1,7 und für das Jahr 2019 1,5 % Steigerung berechnet, aufgrund neuer

Daten aus der Steuerschätzung November 2015. Für den Verlustausgleich für die Ubbo-Emmius Klinik gGmbH sei im Jahr 2016 zehn Millionen Euro eingeplant (für den Jahresabschluss 2015), für das Jahr 2017 neun Millionen Euro und für das Jahr 2018 acht Millionen Euro.

Anschließend erläuterte **Frau Saathoff** die Ansätze 2016 für die einzelnen Teilhaushalte (Anlage 2: Übersicht Teilhaushalte 2016), wobei in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses noch die Veränderungen bei den Produkten vorgestellt werden sollen. Die Aufstellung mit Hilfe derer Frau Saathoff die Zahlen erklärte, stelle den Ertrag und den Aufwand 2016 den Ansätzen 2015 und den Planzahlen 2016 gegenüber, wobei der Aufwand noch einmal zur Information differenziert in Personalkosten und Sachkosten werde. Beim Teilhaushalt „Ordnungsamt“ sagte Frau Saathoff, dass die Zahlen zur nächsten Sitzung angepasst werden, da sich aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation die Einnahmen und Ausgaben erhöhen werden. Der Landkreis habe im Zuge der Amtshilfe die Aufgabe vom Land Niedersachsen übernommen, Flüchtlinge in Erstunterkünfte unterzubringen. Die Sachkosten werden zu hundert Prozent erstattet.

Abgeordneter Strömer stellte die Frage, ob die Kosten für die Amtshilfe nicht erstattet werden.

Landrat Weber antwortete, dass die Kosten für eigenes Personal nicht erstattet werden, jedoch für Fremdpersonal wie z.B. für Personal von der Kreisvolkshochschule.

Frau Saathoff führte beim Teilhaushalt „Sozialhilfe“ aus, dass hier ein Defizit von rund 10,7 Millionen Euro entstehe, wobei hier im Vergleich zum Ansatz 2015 eine Verbesserung von rund 4,5 Millionen zu verzeichnen sei. Diese Verbesserung sei im Bereich „Asyl“ begründet. Die Kostenabdeckungspauschale, die das Land pro Flüchtling und Jahr zahle, betrage nun 9.500,-- Euro. Gemäß neuen haushaltsrechtlichen Vorschriften des Landes müssen die Kommunen Erträge entsprechend der voraussichtlichen Anzahl der zugewiesenen Asylbewerber 2016 voll einplanen.

Landrat Weber ergänzte, dass es bei der Formel geblieben sei, dass im Jahr 2016 die Pauschale für die Flüchtlinge gezahlt werde, die sich im Jahr 2014 im Landkreis Aurich aufhielten. Die Vorschrift des Landes Niedersachsen sehe vor, dass die Differenz der Zahlen von 2014 und 2016 als Forderung gegenüber dem Land im Kreishaushalt eingebucht werde.

Abgeordneter Siebels fügte hinzu, dass sich an der rechtlichen Grundlage (Bundesrecht), dass die Pauschalzahlungen für die Integration mit 2-jährigem Abstand ausbezahlt werden, nichts geändert habe. Im letzten Jahr habe das Land zur Lösung des Problems einen Abschlag an die Kommunen gezahlt.

Frau Saathoff informierte, dass im Bereich Asyl im Jahr 2016 rund 26 Millionen Ausgaben geplant seien. Bei 2.750 Asylbewerbern ergebe sich bei einer Pauschale von 9.500 Euro eine Zahlung vom Land in Höhe von 26 Millionen Euro, wovon der Landkreis 7,4 Millionen Euro in diesem Jahr erhalte und 18,6 Millionen Euro als Forderung in den Kreishaushalt eingebucht werden. Die Finanzrechnung sei entsprechend zu planen, es fehle hier an Liquidität in Höhe der Forderung.

Abgeordneter Strömer erkundigte sich in diesem Zusammenhang, ob Kassenkredite teurer geworden seien.



Frau Saathoff entgegnete, dass die Zinsen für Kassenkredite im Moment sehr niedrig seien. Die Banken müssten zurzeit sogar Strafzinsen für Geldeinlagen bei der Zentralbank zahlen.

Abgeordnete Griesel erkundigte sich, ob die Mittel ausreichen, um den Bedarf zu decken.

Frau Saathoff antwortete, dass davon ausgegangen werde, dass die Mittel ausreichen, wohlwissend, dass die Personalkosten „im ganzen Haushalt versteckt“ seien. Das Sozialamt gehe davon aus, dass die Pauschale in Höhe von 9.500,-- Euro, die nächstes Jahr auf 10.000 Euro steige, ausreichend sei.

Frau Saathoff informierte, dass sich die Ansätze beim Jobcenter (Amt) im Vergleich zu 2015 erhöhen, da sich der Personenkreis, der Arbeitslosengeld II erhalte, durch die Zahl der anspruchsberechtigten Flüchtlinge erhöhe.

Insgesamt ergebe sich im Ergebnishaushalt 2016 ein Überschuss in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro, wobei **Frau Saathoff** betonte, dass es sich um eine vorläufige Zahl handele. Sie erklärte, dass nun Herr Kruse, Amtsleiter vom Amt „Personalwesen“ Änderungen bei den Personalaufwendungen erläutern werde.

Vorsitzender Thiele bedankte sich bei Frau Saathoff für die Ausführungen.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel bemängelte, dass die Übersicht der Teilhaushalte, die die beantragten Gelder der Ämter enthalte, in keinem direkten Vergleich zu den benötigten Mitteln stünde. Sie stelle sich die Frage, „wie hart die Fakten seien“. Bei der Haushaltsplanung müsse von der Entschuldung geredet werden. Die Auflistung enthalte, welche Mittel die Ämter wünschen, nicht, was die Politiker entscheiden. Dieses Verfahren sei nicht nützlich.

Landrat Weber erklärte, diese Diskussion stünde nun in den Fraktionen an, bis der Kreistag den Haushalt beschließe. Die Verwaltung werde dementsprechend Änderungen einbinden.

Frau Saathoff sagte, dass die Ämter eine Liste mit den Jahresbuchungen aller Sachkonten für 2013, 2014, dem Haushaltsansatz 2015 und dem Finanzplan 2015 erhielten und die Spalten für 2016 mit ihren Planzahlen belegen müssten. Nach Abgabe der Listen halte sie mit den jeweiligen Ämtern Rücksprache und stelle Nachfragen, wenn sich bei ihrem durchgeführten Vergleich der Ansätze für 2015 und 2016 Diskrepanzen ergeben.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel meinte, dass sie genau diese Vorgehensweise anzweifle. Frau Saathoff sei keine Kämmerin, sondern die Leitern der Finanzverwaltung und damit weisungsgebunden. Für die Zahlen müssten der Landrat und die Politik politisch gerade stehen. Die Summe der Einnahmen solle sinnvoll verteilt werden und es solle nicht mehr ausgegeben werden als Einnahmen vorhanden seien.

Abgeordneter Siebels fragte, wie mit dem Vorschlag umgegangen werden solle und die Kritik umgesetzt werden könne. Es werden von der Verwaltung regelmäßige Budgetberichte erstellt und es stehe jedem Einzelnen frei, die Budgetberichte zu vergleichen. Die Alternative wäre, dass die Verwaltung keine Zahlen vorlege.

Vorsitzender Thiele äußerte sich dahingehend, dass die Fraktionen die Ansätze auf Basis dieser Vorlage, die bis zur nächsten Sitzung noch aktualisiert werde, beraten sollten.

Nun stellte **Herr Kruse** anhand der Anlage 3 (Übersicht Personalaufwendungen) und Anlage 4 (Kosten der zusätzlichen Stellen) die geplanten Personalaufwendungen für den Haushalt 2016 vor. Einleitend sagte Herr Kruse, dass bei den Ansätzen eine Tarifsteigerung von 2,5 % enthalten sei. Beim Teilhaushalt „Innerer Dienst“ habe sich der Ansatz im Vergleich zum Jahr 2015 erhöht, da hier eine halbe Stelle mehr angesiedelt sei, während in der Zentralen Finanzverwaltung eine halbe Stelle gekürzt wurde.

Herr Kruse erläuterte die einzelnen Kostenträger, aus denen sich die gesamten Personalaufwendungen für den Teilhaushalt „Personalwesen“ zusammensetzen. Zum Kostenträger „Azubis, FÖJler, Bufdis“ sagte Herr Kruse unter anderem, dass bei der Ausschreibung der Stellen für die Sozialpädagogik immer weniger Bewerbungen eingehen. Mit Hilfe des Angebotes, beim Landkreis Aurich ein einjähriges Praktikum ableisten zu können, hoffe der Landkreis, die Praktikanten nach Beendigung des Praktikums als Mitarbeiter zu gewinnen. Beim Kostenträger „Personal zur besonderen Verwendung“ habe sich der Ansatz im Vergleich zu 2015 verringert, da z. B. ein Mitarbeiter, der an eine Inselgemeinde ausgeliehen war, zurückgekehrt sei und nun wieder im Rechnungsprüfungsamt arbeite; dementsprechend erhöhe sich dort der Aufwand. Beim Jobcenter kAöR schlagen die Personalkosten mit 5.446.500 Euro zu Buche, jedoch seien in gleicher Höhe Erträge zu verzeichnen. Bei den Rückstellungen für die Versorgung der Beamten passten die Ansätze nicht mit den tatsächlichen Zahlen überein, so wurden im Jahr 2014 4,8 Millionen Euro gezahlt, geplant auf Auskunft der Niedersächsischen Versorgungskasse wurden 540.000 Euro netto (Zuführung ./ Erträge). Der endgültige Bescheid 2015 liege noch nicht vor, daher wurde auf Basis 2014 ein Betrag von 5,1 Millionen Euro eingeplant.

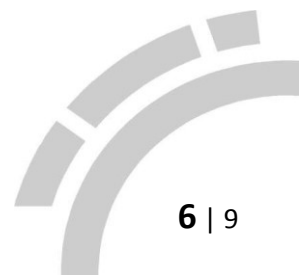
Herr Kruse informierte, dass aufgrund einer außergerichtlichen Einigung mit den Kommunen von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder im Januar dieses Jahres 1,68 Millionen Euro an den Landkreis Aurich zurückgezahlt wurden. Die Umlagezahlung sei neu geregelt worden; die bisher 2-prozentige Sanierungsumlage, die zusätzlich auf die Entgelte gezahlt werden musste, betrage in Zukunft 0,3 %.

Frau Saathoff ergänzte, dass in diesem Fall diese Zahlung nicht als außerordentlicher Ertrag (periodenfremd) gebucht werde, sondern laut Vorschrift vom Aufwand abgesetzt werden müsse.

Abgeordneter Siebels empfahl, nachzufragen, ob die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder zu einem späteren Zeitpunkt wieder eine Forderung geltend machen werde.

Zum Kostenträger „Altersteilzeit“ berichtete **Herr Kruse**, dass es nur noch einige wenige Fälle gebe.

Im Folgenden erklärte **Herr Kruse** unter Zuhilfenahme der Auflistung der zusätzlichen Stellen (Anlage 4) die Veränderungen der Ansätze der jeweiligen Teilhaushalte durch geplante Neueinstellungen. So seien z. B. im Zuge der Flüchtlingshilfe zusätzliche Stellen im Sozialamt, im Amt für Kinder, Jugend und Familie, im Jobcenter und im Gesundheitsamt eingeplant. Für die Umsetzung „Natura 2000“ seien im Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz zwei zusätzliche Stellen erforderlich.



Abschließend sagte **Herr Kruse**, dass zur Bewältigung der Arbeit im Bereich Asyl im Jahr 2015 Neueinstellungen mit dem 1. Nachtrag 2015 beschlossen wurden, die Jahrespersonalkosten in Höhe von ca. 500.000,-- Euro nach sich ziehen und mit dem 2. Nachtrag 2015 Jahrespersonalkosten in Höhe von rund 1 Millionen Euro verursachen. Die voraussichtliche Gesamtsumme für die Personalaufwendungen im Jahr 2016 belaufe sich damit auf ca. 57.750.200 Euro, somit sei eine Steigerung zum Ansatz 2015 um rund 5,7 Millionen Euro zu verzeichnen.

Abgeordnete Griesel erkundigte sich, warum die Personalkosten, die in der Sitzung des Personalausschusses vorgestellt wurden, um 1,3 Millionen Euro niedriger seien.

Frau Saathoff antwortete, dass die Versorgungslasten neu berechnet wurden, diese Neuberechnung sei in der Sitzung des Personalausschusses noch nicht berücksichtigt gewesen.

Abgeordnete Griesel und **Abgeordneter Agena** baten um Klärung und Information.

(Anmerkung zum Protokoll: Diese Frage wird Frau Saathoff in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses beantworten.)

Nachdem es keine weiteren Fragen zum Stellenplan gab, erklärte **Vorsitzender Thiele**, dass dieser zur weiteren Beratung in die Fraktionen verwiesen werde. Er bedankte sich bei Herrn Kruse für die Ausführungen.

Herr Kruse verlässt um 16.00 Uhr den Sitzungsraum.

Frau Saathoff erklärte, dass Maßnahmen, die noch nicht beschlossen seien, bei dieser ersten Berechnung des Jahresergebnisses nicht eingeplant seien. Dagegen sei z. B. die Erhöhung des Ansatzes für Kulturförderung (Schulamt) von 10.000 Euro auf 30.000 Euro entsprechend der Beschlussvorlage eingeplant, aus der dann auch der vorliegende Antrag der Kunstschule über 4.000 Euro beglichen werden könne.

Da für den Verein „EIBO“ vom Schulamt ein Zuschuss in Höhe von 5.000 Euro angemeldet seien, fragte Abgeordneter **Siebels** in diesem Zusammenhang, ob es nicht sinnvoll sei, einen Vertreter der Organisation einzuladen, wie zuvor ein Vertreter des Europahauses, der einen Vortrag in der Sitzung des Finanzausschusses gehalten habe.

Abgeordnete Griesel wies darauf hin, dass sie in der letzten Sitzung des Finanzausschusses angeregt habe, dass die Vereine, die einen Zuschuss beantragen, einen Finanzierungsplan vorlegen sollen.

Frau Saathoff war der Meinung, dass dies in den nächsten zwei Sitzungen des Finanzausschusses aufgrund des Zeitproblems nicht möglich sei.

Landrat Weber schlug vor, dass sich der Verein in einem öffentlichen Ausschuss wie z.B. Schulausschuss oder Wirtschaftsausschuss vorstellen könne.

Abgeordneter Gossel und **Abgeordneter Strömer** sprachen sich, unabhängig von der Vorstellung des Vereins in einem Ausschuss, genau wie Abgeordnete Griesel dafür aus, dass der Verein Zahlen zur Finanzierung vorlegen solle.

Frau Saathoff sagte, dass der Antrag des Europahauses für einen Zuschuss von 25.000 Euro pro Jahr für drei Jahre nicht im Entwurf enthalten sei, ebenso nicht etwaige Zu-

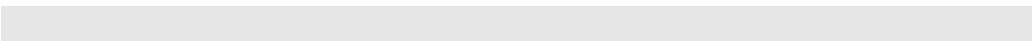


schüsse an die Kreisvolkshochschulen Aurich und Norden. Die Kreisvolkshochschule Aurich habe diesen Zuschuss in ihrem eigenen Wirtschaftsplan berücksichtigt, für die Kreisvolkshochschule Norden liege ihr noch keine Planung vor. Über diese Zuschüsse müsse in den Fraktionen beraten werden. Des Weiteren habe die Gnadenkirche Norden einen Antrag auf einen Zuschuss über 10.000 Euro gestellt.

Landrat Weber ergänzte, dass von der Stadt Norden eine Zuschuss an die Gnadenkirche Norden in Höhe von 3.000 Euro zugesagt sei, so dass sich der gewünschte Zuschuss vom Landkreis Aurich reduziere.

Der Zuschuss für Radio Ostfriesland sei weiterhin im Haushaltspan veranschlagt, erklärte **Frau Saathoff**.

Frau Saathoff legte eine Folie auf, um zusätzliche Maßnahmen der Bauunterhaltung darzustellen (Anlage 5: Bauunterhaltung zusätzliche Maßnahmen). Die grün markierten Ansätze stammen aus dem Haushalt 2015 und seien in der Haushaltsplanung 2016 enthalten, die gelb markierten Ansätze seien vom Technischen Gebäudemanagement und von Amt für Schulen und IT als neue Maßnahmen angemeldet worden. Bei der IGS Aurich-West seien im Hinblick auf die Komplettanierung nur die notwendigsten Maßnahmen eingeplant worden. In der Förderschule Moortief Norden z. B. sei der Einbau eines Treppenliftes unbedingt erforderlich. Insgesamt belaufe sich der Ansatz bei den Schulen auf 477.000 Euro, wovon 252.000 Euro noch nicht eingeplant seien. Bei den Verwaltungsgebäuden schlagen die neuen Maßnahmen mit 255.000 Euro zu Buche, so dass insgesamt rund eine halbe Millionen Euro für die zusätzliche Maßnahmen bei der Bauunterhaltung zu verzeichnen seien.



TOP 7 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Abgeordneter Agena berichtete, dass er in der Zeitung gelesen habe, dass bei der Verkehrsüberwachung (Ordnungsamt) ein Mitarbeiter längerfristig erkrankt sei und dementsprechend ein „Blitzer- Fahrzeug“ nicht zum Einsatz gekommen sei. Er könne nicht verstehen, warum auf diese Einnahmen verzichtet wurde und nicht kurzfristig Ersatz beschaffen wurde.

Landrat Weber antwortete, dass diese Funktion von ausgebildeten Mitarbeitern wahrgenommen werde, ein Ersatz müsste zunächst geschult werden, da die Messergebnisse ansonsten nicht anerkannt werden. Das Blitzgerät an der Leerer Landstraße in Aurich sei zudem defekt gewesen und die Reparatur habe einige Zeit in Anspruch genommen. Insgesamt seien rund 400.000 Euro weniger eingenommen worden als geplant. In erster Linie gehe es bei der Verkehrsüberwachung nicht darum, Einnahmen zu generieren, sondern die Zahl der Verkehrstoten und Verletzten zu verringern.

Abgeordneter Siebels regte an, die genauen Zahlen im Budgetbericht aufzunehmen.

Frau Saathoff bat um rechtzeitige Nachricht, wenn die Fraktionen bei Ihren Klausurtagungen Vertreter der Verwaltung einladen möchten.



TOP 8 **Einwohnerfragestunde**

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 9 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzender Thiele schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 16.30 Uhr.

gez. Thiele
Vorsitzender

gez. Dettmers
Protokollführerin